

PRESSEMITTEILUNG

Koalitionsvertrag SPD/CDU: Brandenburgs Wald und der ländliche Raum kommen zu kurz

Waldbesitzerverband Brandenburg kritisiert fehlende strategische Perspektive für 40 Prozent der Landesfläche.

Potsdam, 05. März 2026 – Der Waldbesitzerverband Brandenburg bewertet den Koalitionsvertrag von SPD und CDU für die Legislaturperiode 2026–2029 kritisch. Aus Sicht des Verbandes bleibt die Vereinbarung in zentralen Fragen der Wald- und Forstpolitik deutlich hinter den Herausforderungen für Brandenburg zurück. Gerade für ein Bundesland, dessen Fläche zu rund 40 Prozent bewaldet ist, fehlen klare politische Leitlinien für die Zukunft des Waldes und seiner wirtschaftlichen Nutzung.

Dabei geht es nicht nur um Naturschutz oder Landschaftspflege. Der Wald bildet die Grundlage für das Cluster Forst und Holz, eine der wichtigsten Wertschöpfungsketten des Landes. Rund 4.600 Unternehmen, etwa 30.000 Arbeitsplätze und ein jährlicher Umsatz von rund 2,8 Milliarden Euro hängen direkt oder indirekt von der Forst- und Holzwirtschaft ab – überwiegend im ländlichen Raum.

Aus Sicht des Verbandes fehlt im neuen Koalitionsvertrag eine klare strategische Perspektive für diese Branche. Während frühere Regierungsvereinbarungen noch konkrete Aussagen zur Rolle des Landesbetriebs Forst Brandenburg, zum Waldumbau, zur Unterstützung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse oder zum Wildtiermanagement enthielten, bleiben viele dieser Punkte nun unklar oder werden gar nicht erwähnt.

Malte Eberwein, Vorsitzender des Waldbesitzerverbandes Brandenburg:

„Der Wald prägt Brandenburg stärker als fast jeder andere Landschaftsraum. Wenn im Koalitionsvertrag weitgehend offen bleibt, welchen Stellenwert rund 40 Prozent der Landesfläche in der politischen Wahrnehmung einnehmen und wie künftig agiert werden soll, ist das ein problematisches Signal für Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer sowie für den ländlichen Raum.“

Zentrale Zukunftsthemen der Branche wie z.B. die Umsetzung der europäischen Wiederherstellungsverordnung (W-VO), die Rolle der Holzenergie in der Energiewende sowie verlässliche Förderinstrumente für Waldumbau und Waldbrandprävention haben keinen Weg in den Koalitionsvertrag gefunden. Angesichts zunehmender Dürreperioden, Waldbrände und Schädlingsschäden ist eine klare politische Strategie und Positionierung für den Wald jedoch dringend notwendig.

Niklas Weber, Geschäftsführer des Waldbesitzerverbandes Brandenburg:

„Der Wald ist nicht nur Naturraum, sondern auch das Fundament einer wichtigen Wertschöpfungskette – vom Waldbesitz über die Holzverarbeitung bis hin zum Bau- und Energiesektor. Gerade im ländlichen Raum gehört die Forst- und Holzwirtschaft zu den tragenden Wirtschaftszweigen. Umso wichtiger ist es, dass die Landespolitik klare und verlässliche Rahmenbedingungen für Waldumbau, Waldbewirtschaftung und die Nutzung des Rohstoffs Holz schafft.“



Der Waldbesitzerverband Brandenburg fordert die zukünftige Landesregierung auf, die Waldpolitik in der Regierungsarbeit deutlich zu konkretisieren. Gerne bringt sich der Verband mit seiner fachlichen Expertise in den weiteren Prozess ein und steht für einen konstruktiven Dialog zur Zukunft des Waldes und der Forstwirtschaft in Brandenburg zur Verfügung.

Über den Waldbesitzerverband Brandenburg e.V.

Der Waldbesitzerverband Brandenburg e.V. vertritt die Interessen des Privat- und Körperschaftswaldes im Land Brandenburg. Er setzt sich für eine nachhaltige, eigenverantwortliche Waldbewirtschaftung sowie stabile politische Rahmenbedingungen ein – mit dem Ziel, die Wälder zu erhalten und klimaangepasst umzubauen. Insgesamt sind im Verband über 3.600 Mitglieder organisiert, die mehr als 120.000 Hektar Wald in Brandenburg bewirtschaften.

Kontakt:

Waldbesitzerverband Brandenburg e.V.

Niklas Weber, Geschäftsführer

0151 551 012 71

info@waldbesitzerverband-brandenburg.de